

Die Kampagne gegen Stanislaw Tillich

Manfred Wilke/Udo Baron

Das Superwahl- und Gedenkjahr 2009 hatte noch nicht einmal begonnen, da gab es bereits aus Anlass ihres Bundesparteitages eine Kontroverse um die doppelte Vergangenheit der CDU. So drohte Gregor Gysi in der „Berliner Zeitung“ vom 3. November 2008 mit Reaktionen der Linken, sollte die CDU mit Blick auf die Erinnerung an zwanzig Jahre friedliche Revolution in der DDR eine Debatte über die Diktaturgeschichte der deutschen Kommunisten in der DDR und die Wurzeln seiner Partei in der SED anfangen.

Ganz staatsmännisch erinnerte er die CDU an ihren Weg zur gesamtdeutschen Partei 1990: „Wer hat denn zwei Blockparteien übernommen – die CDU der DDR und die Bauernpartei, die SED für die Landbevölkerung. Wo ist denn die kritische Aufarbeitung dieses Prozesses? Mir wäre es lieber, wir würden die Geschichte sachlich und kritisch aufarbeiten und sie nicht für blödes parteipolitisches Geplänkel nutzen. Ich befürchte aber, dass es auf Letzteres hinausläuft. Und wenn die einen damit anfangen, dann werden wir antworten.“ Doch die Linke ist nicht wirklich der Anwalt einer sachlichen historischen Debatte, vielmehr setzt sie selbst in der Geschichtspolitik auf Angriff. Anfang Oktober hat der niedersächsische Bundestagsabgeordnete der Linken, Jan Korte, diese geschichtspolitische Konzeption im „Neuen Deutschland“ skizziert und deren Stoßrichtung vorgestellt. „Die Linke insgesamt sollte“, so Kortess Forderung, „die kommenden Jahrestage 2009 nicht in geduckter Hal-

tung bestreiten, sondern selbstkritisch und selbstbewusst um die richtige Deutung von Geschichte ringen. Dazu gehört die glasklare Zurückweisung der Totalitarismustheorie in Politik und Wissenschaft. Dazu gehört auch das Kenntlichmachen des Einverleibens der Blockflöten DDR-CDU und der Bauernpartei in die CDU der Bundesrepublik – samt Vermögen. Angebracht wäre auch die Forderung, dass sich die Konservativen einmal mit ihren ehemaligen Mitgliedern Globke, Oberländer – und wie sie alle heißen – auseinandersetzen sollten.“ In diesen vier Sätzen verdeutlicht Korte, worauf die Linke 2009 die Schwerpunkte ihrer geschichtspolitischen Auseinandersetzung legen wird: auf die „Blockflöten-Biografien“ von heutigen CDU-Politikern aus der DDR und die NS-Vergangenheit von Politikern der bürgerlichen Parteien, vor allem von CDU und CSU aus der alten Bundesrepublik. Vor allem soll sie sich jedes Ansatzes eines Diktaturvergleichs zwischen dem Nationalsozialismus und dem sowjetischen Kommunismus widersetzen.

Politischer Kampf

Ein erklärtes geschichtspolitisches Ziel der Linken ist es, 2009 vor allem die Unionsparteien mit ihrer vermeintlich „dunklen“ Vergangenheit zu konfrontieren. Bei den CDU-Politikern, die in der DDR sozialisiert wurden, zielen Gysi und seine Kampagnenplaner auch noch auf die tief sitzenden Ängste aus der DDR vor der einstmals allmächtigen Staatspartei.

Die Ängste von gestern sollen sich mischen mit der heutigen Furcht dieser Politiker vor öffentlichen Skandalen, die die eigene Person betreffen und sie zum Schweigen veranlassen. Der Zweck dieses geschichtspolitischen Ansatzes ist offenkundig, die Verantwortung der SED für die Diktatur soll verkleinert und die der von ihr ab 1950 geführten unselbstständigen Blockparteien vergrößert werden. Mit dieser Intention, die CDU im Osten mit ihrer DDR-Vergangenheit zu diskreditieren, ist die Linke nicht allein, wie die Kampagne gegen den sächsischen Ministerpräsidenten zeigt.

Die öffentliche Debatte um die Tätigkeit von Stanislaw Tillich im Staatsapparat der DDR wurde durch den sächsischen SPD-Landtagsabgeordneten Karl Nolle inszeniert, den der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) als „sächsischen Affärenmacher“ bezeichnete. Nolle konzentrierte sich auf die regionale Karriere des Ministerpräsidenten in den letzten drei Jahren der DDR. 1989 war Tillich als CDU-Vertreter einer der fünf Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises Kamenz für Handel und Versorgung. Wie er mit diesen Jahren nach 1990 umging, dass er dem Besuch eines Lehrgangs an der vom Ministerrat der DDR unterhaltenen Akademie für Staat und Recht 1989 nicht angab, daraus wollte Nolle ihm und der CDU einen Strick drehen. Offen erklärte Nolle im November 2008, er habe ganz bewusst die vermeintlichen Lücken in Tillichs offiziellen Biografien zum jetzigen Zeitpunkt in die Medien lanciert. „Ziel sei es gewesen, der CDU vor ihrem Stuttgarter Bundesparteitag eine Debatte über die Vergangenheit der ostdeutschen Landesverbände aufzuzwingen.“ Dem MDR sagte er zufrieden, „und dass ist wohl gelungen“. Nolle wollte den politischen Gegner, mit dem seine Partei in Sachsen koalitiert, diskreditieren. Sowohl die Absicht der Linken als auch das Vorgehen des „sächsischen Affärenmachers“

sind nicht etwa historische Debatten, sondern politischer Kampf, für den die Geschichte das Material liefert. In historischen Debatten versuchen Historiker kontrovers Sachverhalte einer Biografie zu klären, um das Handeln historischer Persönlichkeiten zu verstehen. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang die Einbeziehung der jeweiligen Zeitumstände und der damaligen Wahrnehmung der Außenwelt durch den handelnden Akteur. Der historische Kontext, in dem die Person handelt, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Dadurch sollen Lebensentscheidungen nachvollzogen und gewürdigt werden. Die politische Kampagne dagegen löst die Zielperson aus ihrem historischen Umfeld und isoliert ihre Tätigkeit. Sie will nicht verstehen, sondern primär verurteilen. So ging Nolle vor, er wollte mit seinem Angriff auf Tillich eine Affäre inszenieren.

Ost-West-Vergleich

Das Leben von Tillich in der DDR und das von Nolle in der Bundesrepublik eignen sich für eine deutsch-deutsche Geschichtsstunde. Eine redliche Debatte über die beiden unterschiedlichen Lebenswelten, in denen diese beiden deutschen Politiker bis 1990 lebten, könnte ein wichtiger Beitrag zum Gedenkjahr 2009 sein. Daran war aber Nolle erklärtermaßen nicht interessiert. Die politische Biografie von Tillich beginnt 1987. Zu diesem Zeitpunkt betrieb Nolle in Niedersachsen eine Druckerei, an der der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder beteiligt war. Unter ihm war Nolle Mitte der 1970er-Jahre stellvertretender Vorsitzender der Jungsozialisten in Hannover.

Das Schlüsseljahr für diesen biografischen Ost-West-Vergleich ist 1987. Um eine vergleichende Debatte zu führen, ist es notwendig, die politische Wahrnehmung der DDR durch den SPD-Abgeordneten einzubeziehen. Schließlich urteilt Nolle aus einer anderen Lebenswelt über

die Entscheidungen von Tillich in der DDR. Persönliche Äußerungen von Nolle sind hierzu nicht bekannt, wir müssen uns daher an die damalige Linie seiner Partei halten.

1987 trat Tillich in seiner Heimatstadt der CDU bei, um als katholischer Christ den Eintritt in die SED zu vermeiden. Im gleichen Jahr stattete der Generalsekretär der SED, Erich Honecker, der Bundesrepublik einen Staatsbesuch ab. Die Grundwerte-Kommission der SPD und die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED vereinbarten das Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. In ihm formulierte die SPD auch ihre Wahrnehmung der DDR. Sie ist geeignet, um die biografische Debatte um die drei letzten Lebensjahre des sächsischen Ministerpräsidenten in der DDR auf deutsch-deutscher Augenhöhe zu führen.

Demokratischer Konsens

Eine solche vergleichende Debatte bedarf nachvollziehbarer Regeln. Willy Brandt hat dazu einen wichtigen Beitrag geleistet, wie in der Diskussion über das Schicksal der Menschen in der SED-Diktatur zu verfahren ist. Kurz vor seinem Tod 1992 begrüßte er in seiner letzten Bundestagsrede die Einsetzung der Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ durch das Parlament. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Erbe verstand er nach der Vereinigung richtigerweise „als gesamtdeutsche Aufgabe“. Im Interesse der Zukunft der deutschen Demokratie war es notwendig, historisch klarzustellen, dass die zweite Diktatur in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert von Anfang an illegitim war. Die Kommission sollte für ihn aber auch zu jener Aussöhnung unter den Deutschen beitragen, die unter der Teilung gelitten hatten oder gar Opfer dieser Dik-

tatur geworden waren. Es ging um das Erinnern für die nun wieder gemeinsame Zukunft Deutschlands. Eine Debatte über die Herrschaft der Kommunisten war für ihn unausweichlich, setzte aber „Wahrhaftigkeit“ voraus. Mit Nachdruck mahnte er zum demokratischen Konsens in dieser historischen Debatte, in der „es um das Unglück geht, das dem anderen Teil Deutschlands widerfuhr, als wir miteinander die Nazi-Herrschaft hinter uns hatten. [...] Es kann jetzt schon gar nicht angehen, dass die Landsleute in den missverständlich so genannten neuen Ländern alleingelassen werden, wo es darum geht, das ihnen unter sowjetischer Herrschaft und kommunistischer Diktatur auferlegte, bedrückende Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten und so ordentlich wie möglich hinter sich zu bringen.“ Wichtig war für ihn vorrangig die „Aufdeckung und Aufklärung“ über Strukturen und Methoden der SED-Diktatur. Es kam ihm darauf an, die unterschiedliche „Verantwortung“ für die Diktatur historisch exakt festzuhalten. Zugleich forderte er mit Nachdruck: „Es kann aber auch nicht darum gehen, Schuld dort abzuladen, wo sie nicht hingehört.“ Das tat die Enquete-Kommission auch und formulierte die Grundwahrheit über die politische Geschichte der DDR: der „totalitäre Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten“ war die „wesentliche Grundlage der über vierzigjährigen SED-Diktatur“.

Der Altkanzler wollte keinen Schlussstrich unter dieses Kapitel deutscher Geschichte ziehen. Ihm ging es darum, über die Diktatur, ihre Strukturen und Methoden aufzuklären, um Wahrhaftigkeit und die genaue Verortung von Verantwortlichkeiten. Von den Westdeutschen verlangte er Empathie, zugleich sollte die Erinnerung an diese überwundene Diktatur der Aussöhnung dienen, die Wahrhaftigkeit voraussetzt, um der Zukunft des vereinten Deutschlands willens. Nolle dage-

gen unternimmt das genaue Gegenteil. Er versucht erkennbar, in seiner Kampagne gegen den Ministerpräsidenten „Schuld dort abzuladen, wo sie nicht hingehört“.

Fixierung auf die SED

Der Ausgangspunkt des SPD-SED-Papiers von 1987 war die Prämisse, dass die Deutschen auf unabsehbare Zeit in einem geteilten Land und damit in zwei Staaten leben müssen. Viele Menschen in der Bundesrepublik, aber auch in der DDR sahen das auch so. In dem Grundsatzpapier heißt es: „Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, daß beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt. Koexistenz und gemeinsame Sicherheit gelten also ohne zeitliche Begrenzung.“ Die Sozialdemokraten gingen damals von einer dauerhaften Existenz der DDR aus. Das war ein Triumph für die SED. Realpolitisch hatte die SPD-Grundwerte-Kommission im Einverständnis mit dem Parteivorstand das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes für obsolet erklärt. Das war aus Sicht der SED auch die Anerkennung ihrer diktatorischen Macht über „ihre Menschen“, eine durchaus ernst gemeinte Phrase in der Propaganda der SED, wenn die Partei für die DDR sprach.

Es war gerade die Fixierung der SPD auf die SED, die das Problem in dieser Vereinbarung war. Viele Menschen in der DDR verstanden es so, dass die westdeutschen Sozialdemokraten die Diktaturpartei der DDR als Partner endgültig akzeptiert hatten. Eine Aussage dieses Papiers bezeugte dies: „Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide

auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, die Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen. Aber sie leben seit sieben Jahrzehnten in bitterem Streit darüber, in welcher Weise dies zu geschehen hat.“ Um gemeinsam mit der SED den europäischen Frieden zu sichern, war die SPD bestrebt, Regeln für diesen Streit mit der SED zu vereinbaren, um trotz der bestehenden Differenzen mit ihr kooperieren zu können. Nach dem für viele sozialdemokratische Politiker unerwarteten Ende der DDR 1990 gab es eine andere Lesart dieser Feststellung. Sie wies noch den historischen Schönheitsfehler auf, dass die Berliner SPD im Juni 1945 mit der KPD ein Aktionsbündnis geschlossen hatte, als sie ebenso wie die KPD von der sowjetischen Besatzungsmacht zugelassen wurde. Es war der erste Schritt dieser Sozialdemokraten um Otto Grotewohl auf dem Weg zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der sowjetischen Besatzungszone 1946. Nach 1990 pochten die sozialdemokratischen Mitverfasser des SPD-SED-Papiers auf ihre guten Absichten, wollten sie doch den Reformkommunisten in der SED eine Plattform schaffen, um innerparteiliche Gorbatschow-Anhänger zur DDR-Reform zu ermutigen.

Westliche Illusionen

Es war 1987 eine illusionäre Wahrnehmung der politischen Verhältnisse in der DDR durch die westdeutsche SPD, auf der sich diese Hoffnungen stützten. Das SPD-SED-Grundsatzpapier über den Streit der Ideologien musste damals zwei grundlegende Wahrheiten ausklammern, wollte sich die SPD mit der SED auf ein gemeinsames Dokument einigen:

Erstens: Die SED-Führung unter Honecker war zu Reformen nicht bereit, und sie wollte auch keine Debatte über die Zu-

stände in der DDR zulassen, die sie zu verantworten hatte. Die Feindschaft zur sowjetischen Reformpolitik von Generalsekretär Michail S. Gorbatschow war ein offenes Geheimnis. Die DDR-Bürger nahmen es wahr, dass 1988 der Sputnik, eine sowjetische Zeitschrift, verboten wurde, in der damals russische Historiker über die Mitschuld von Stalin an Hitlers Machtergreifung diskutierten. *Zweitens*: Die SED wurde von der SPD als souveräne Staatspartei der DDR behandelt. Das war eine Fiktion. Erst 1990 wurde das Protokoll des Gesprächs von Leonid I. Breschnew mit Honecker bekannt. In ihm legte der Generalsekretär der KPdSU gegenüber dem Nachfolger von Walter Ulbricht an der Spitze der SED die Staatsräson der DDR fest, an die Honecker gebunden blieb: „Wir haben doch Truppen bei ihnen. Erich, ich sage dir offen, vergesse das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR. Die Existenz der DDR entspricht unseren Interessen, den Interessen aller sozialistischen Staaten. Sie ist das Ergebnis unseres Sieges gegenüber Hitlerdeutschland. Deutschland gibt es nicht mehr, das ist gut so.“ (Protokolle einer Unterredung zwischen L. I. Breschnew und Erich Honecker am 28. 7. 1970, in: *Peter Przybylski: Tatort Politbüro. Die Akte Honecker*, Berlin 1991, Seite 281.) „Gelernte DDR-Bürger“ wie Tillich mussten dieses Parteigeheimnis der SED aus dem Jahre 1970 nicht kennen, um die Realität der DDR als sowjetischer Vasallenstaat tief verinnerlicht zu haben. Unvergessen war die Präsenz sowjetischer Truppen am 17. Juni 1953 und am 13. August 1961, auch 1987 waren diese Truppen in der DDR allgegenwärtig. Zumal jeder interessierte DDR-Bürger wusste, dass die SED auf diese Armee zählte, sollten sich einmal „polnische Ereignisse“ in der DDR abspielen. Die friedliche Revolution in der DDR 1989 konnte nur gelin-

gen, weil die sowjetischen Truppen diesmal in den Kasernen blieben.

So weit zu den „Illusionen“ der westdeutschen Sozialdemokraten über die DDR 1987. Die Diskussion um diese Illusionen verlangte schon 1992 Angela Merkel im Bundestag, und zwar im Zusammenhang mit der Einsetzung der Enquete-Kommission. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit dem „realen Sozialismus in den Farben der DDR“ war sie verwundert, „welche Illusionen man sich im Westen über die DDR machte. Auch darüber müssen wir, so meine ich, diskutieren. Wie war es denn möglich, daß im Westen die sogenannten fortschrittlichen Gruppierungen den Diktaturen im Osten einen Bonus einräumten, den sich rechte Diktaturen in anderen Staaten nur erträumen konnten?“ Ein Beispiel von mehreren, das sie dann anführte, betraf das Verhältnis des damaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen zum SED-Generalsekretär: „Hat man sich jemals gefragt, wie auf uns die Aussagen des heutigen Ministerpräsidenten Schröder wirkten, daß Honecker, ein ‚zutiefst redlicher Mann‘ war?“ Auch wenn im Nachhinein sich die Einschätzung der DDR und ihrer Lebensdauer als illusionär erwies, 1987 war sie der Ausgangspunkt für die Deutschlandpolitik der Sozialdemokraten.

Betrachtung des Kontextes

Die DDR schien somit 1987 als Staat ungefährdet, in diesem Kontext müssen aber auch die damaligen beruflichen Entscheidungen von Tillich in der DDR eingeordnet werden. Sie war seine Lebenswelt, in der er seine beruflichen Entscheidungen treffen musste. Weil er keine Verantwortung in der SED übernehmen wollte, trat er in die CDU ein, von der er wusste, ihr hauptamtlicher Apparat wird von der Abteilung „befreundete Parteien“ in der SED gesteuert. Das galt auch für Kamenz, wo diese Aufgabe die SED-

Kreisleitung wahrnahm. Aber für ihn als katholischer Christ war die CDU in dem geschlossenen Land namens DDR das kleinere Übel. Da er seinen Wehrdienst in den Grenztruppen abgeleistet hatte, kannte er diese Grenze, an der immer noch Menschen starben, wenn sie versuchten zu fliehen. Heimatverbunden wie er war, wollte er trotzdem bleiben.

Der Aufstieg des Diplom-Ingenieurs in die untere Ebene des DDR-Staatsapparates wurde erst durch die CDU-Mitgliedschaft möglich. Der Stadtrat für Versorgungen in Kamenz und die letzten Funktionen des für Versorgung zuständigen Stellvertreters des Vorsitzenden des Kreises standen der CDU im Rahmen der Nationalen Front zu. Diese Ämterverteilung galt im Prinzip seit der sowjetischen Besatzungszeit. Für diese Positionen durfte die CDU die Kandidaten benennen, aber sie hatte nicht das letzte Wort.

Die SED herrschte durch zentrale Personalsteuerung. Nach sowjetischem Vorbild waren in der Nomenklatur, die sich in drei Ebenen gliederte, alle Führungspositionen verzeichnet, die nicht ohne „Bestätigung“ durch die SED besetzt werden durften. Als Tillich zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Kreises 1988 ernannt wurde, war Hans Modrow erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, und sein Apparat hatte diese Ernennung „bestätigt“. Für den Angestellten der Kreisverwaltung von Kamenz als Mitglied der „befreundeten Parteien“, wie die SED die anderen Blockparteien titulierte, gab es selbstverständlich auch ein Gutachten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Es liegt heute vor und hält fest, dass gegen Tillich aus Sicht der „Organe“ nichts vorlag. Er führte das unpolitische Leben eines Angehörigen der technischen Intelligenz.

Die Partei hatte also keinen Grund, ihr Veto gegen diese kommunale und regio-

nale Verwaltungskarriere des Diplom-Ingenieurs zu erheben.

Der Staatsapparat der DDR lässt sich nicht allein auf seine Sicherheitsorgane reduzieren, er war auch für die Daseinsvorsorge zuständig. Die Frage der Versorgung war in der DDR von Anbeginn eines der Schlüsselprobleme des Alltags für die Bürger und die SED. In vielen Bereichen der Güter des täglichen Bedarfs überwand die DDR niemals ihre Mangelwirtschaft. Alle Menschen in der Bundesrepublik, die Verwandte oder Freunde in der DDR hatten, wussten um die dortigen Versorgungsengpässe. Die „Päckchen nach drüben“ mit Kaffee und Schokolade gehörten in vielen Familien zum Alltag. Die von SED, FDGB oder FDJ empfangenen Delegationen aus dem Westen erlebten dagegen diese Versorgungsmängel in der Regel nicht. Sie wurden in Gasthäusern untergebracht, die sie vor den Versorgungsproblemen der normalen DDR-Bürger bewarten.

Diese Aspekte verdeutlichen auch den entscheidenden Unterschied zwischen den Biografien von Nolle und Tillich. Während Nolle als Bundesbürger schon vor 1989 Politik machte und sich mit seiner Partei auf die herrschenden Kreise in der DDR als Partner orientierte, hat Tillich für sich diesen Weg ausgeschlagen. Er mied die SED, verzichtete auf eine Karriere und ging den Weg in die Nische. Statt große Politik in oder mit der SED zu betreiben, kümmerte er sich vielmehr auf kommunaler beziehungsweise regionaler Ebene in seiner Heimat um die Versorgung der dortigen Bevölkerung. Sicherlich keine unehrenhafte Beschäftigung in der DDR. Für Tillich besteht daher heute keine Veranlassung, sich ausgerechnet von einem westdeutschen Vertreter der Partei, die bis zuletzt mehrheitlich auf die SED und die deutsche Zweistaatlichkeit gesetzt hat, seine Vergangenheit vorhalten zu lassen.